

Sperrfrist: 13.12.13

09:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung
liebe KollegInnen der anderen Fraktionen,
sehr geehrte Gäste,

bevor ich zu meiner eigentlichen Haushaltsrede komme, weise ich kurz auf die neuen PISA-Ergebnisse. Deutschland hat sich beim internationalen Bildungsvergleich(-stest) PISA deutlich gesteigert. Für Nordrhein-Westfalens Schulministerin Sylvia Löhrmann ist dies aber kein Anlass, sich mit diesen Ergebnissen zurückzulehnen, im Gegenteil. Die Ministerin führt sinngemäß aus: es sei gut, dass es Fortschritte gibt. Aber es müsse der Schulerfolg von der sozialen Herkunft entkoppelt werden. Außerdem müssten die vorhandenen geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Mathematik und beim Lesen auf jeden Fall auf der Tagesordnung bleiben. Es gibt also nach wie vor Einiges auf dem Gebiet zu tun.

Meine Damen und Herren, die hier fixierte Grundidee eines inklusiven Gemeinwesens werde ich im weiteren Verlauf noch einmal aufgreifen.

Ein kurzer Kommentar zum Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot:

Aus grüner Sicht ist der Koalitionsvertrag mehrheitlich ein Werk des kleinsten gemeinsamen Nenners, der Prüfaufträge und der mangelnden Nachhaltigkeit. So wird die Energiewende gegen die Wand gefahren in dem weiterhin auf Kohle gesetzt wird und die erneuerbaren Energien gebremst werden. Steuermehreinnahmen bleiben aus, damit auch mehr Geld für Familien, Kinder und Bildung. In Sachen Frauenquote, Mindestlohn und doppelter Staatsbürgerschaft gibt es nur kleine Verbesserungen.

Kommen wir nun zum Kreis Warendorf

Der Kreistag handelt nach gesetzlichen Grundlagen- das ist uns allen klar. Bei genauer Betrachtung und Beobachtung über Jahre scheint es noch eine andere Hand-

lungsorientierung zu geben. Mir/Uns kam das Muster irgendwie bekannt vor und nach genauem Studium, auch in Bezug auf die interne Kreishaus-Kultur und auf das Vorgehen verschiedener Kreistagsfraktionen sehen wir Parallelen zum **Rheinischen Grundgesetz**. Für diejenigen unter Ihnen, denen das nicht so geläufig ist, sei erwähnt: das Rheinische Grundgesetz ist eine Zusammenstellung mundartlicher Redensarten aus dem Rheinland. Die Autoren sind, wie auch die Entstehungszeit, unbekannt geblieben. Im Sinne der Integration und Inklusion ist es hilfreich über den westfälischen Tellerrand in den rheinischen Teil NRWs zu schauen- man kann ja auch voneinander lernen.

Fangen wir an: **Et es wie et es**. Das bedeutet: den Tatsachen ins Auge zu sehen- zum Beispiel in Sachen RWE: **die RWE** hat ihre besten Zeiten bereits hinter sich! Hätte sich die RWE rechtzeitig auf nachhaltige Energieträger umgestellt, sähe die Geschäftslage heute besser aus. Die Kommunen und Kreise mit einer Beteiligung von 20 % an der RWE sind die Verlierer einer Strategie, ineffiziente Braunkohlekraftwerke zur Stromerzeugung einzusetzen, die nur betrieben werden können, weil CO₂-Zertifikate billig zu erwerben sind.

Setzt man hier die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung unter Berücksichtigung bewerteter CO₂-Zertifikate an, muss sich das Unternehmen mit der Kohleverstromung vom Markt verabschieden. Für den Kreis Warendorf heißt das, wir müssen uns auf weiter sinkende Dividenden einstellen. Die Dividenden kommen aus einer Höhe von 3,20 €. Bereits im Haushaltsjahr 2014 werden wir uns mit 1 € pro Aktie begnügen können. Die mögliche Fallhöhe wird immer überschaubarer. **Et hätt noch schlimmer kumme künne.**

Aber es gibt Alternativen. Die Gemeindeordnung eröffnet die Möglichkeit der energiewirtschaftlichen Beteiligung für Kommunen. Wir fordern die Kreisverwaltung auf, hierzu entscheidungsreife Vorschläge zu erarbeiten z.B. bei der Beteiligung an Windkraftanlagen. Dieses Modell kann gemeinsam mit interessierten Kommunen Signalwirkung entfalten. Das schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region.

Et kütt wie et kütt.

Hiermit ist gemeint: Füge dich in das Unabwendbare; du kannst ohnehin nichts am Lauf der Dinge ändern. **Der FMO** hat (angeblich) noch große Zeiten vor sich. Das

wird spätestens durch das aktuelle Gutachten zur "regionalökonomischen Bedeutung des FMO" klar. Dieses Gutachten folgt der Tradition des mittelalterlichen Minnegesanges. Der Liebreiz der schönen Tochter "FMO" wird hervorgehoben. Und der moderne Minnesänger, im Gewand eines Professors, tingelt von Flughafen zu Flughafen. Mit süßen Melodeien schmeichelt er die geschundenen Bilanzen und bietet Gutachten von der Stange als Stärkungsmittel für wegbrechende Gewinne an. Die visionären Vorinvestitionen in den Inter-Continental-Flughafen werden uns noch lange begleiten. Rechtzeitig zur Weihnachtszeit, erinnert uns die dankbare FMO-Geschäftsführung mit 265 T€ an unsere Gesellschafterfunktion.

Et hätt noch emmer joot jejange.

Was gestern gut gegangen ist, wird auch morgen funktionieren. Wir wissen, es ist Murks, aber es wird schon gut gehen- das ist die tiefere Bedeutung des Spruches! Das scheint so manches Mal die Devise der Kreisverwaltung zu sein. Beispiel in der Grundwassersituation des Warendorfer Nordens. Grundwasserbeeinträchtigungen erledigen sich nicht von alleine!

Wat fott es, es fott.

So isset mit den fehlenden Euros von säumigen Schuldner. Die Grüne Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass **das Forderungsmanagement** des Kreises verbessert worden ist. Die Nutzung unkonventioneller Arbeitszeiten ist **ein** Weg, die Schuldner zu erreichen. Wir erwarten weitere Anstrengungen bei der Eintreibung von Forderungen. Die Nutzung der Amtshilfe für Vollstreckungsmaßnahmen hat sich seit Längerem als wenig erfolgreich erwiesen. Wir erwarten hier mehr Einsatz gegenüber Schuldner, die zahlen können, aber nicht wollen. Leider haben wir uns mit dem Antrag auf Einsatz eines eigenen Außendienstes zur Zwangsvollstreckung, nicht durchsetzen können. Die Erfahrung zeigt uns, dass die Ablehnung eines Grünen Antrages nichts über die Qualität des Antrages aussagt, sondern mehr über die politischen Mehrheitsverhältnisse. Wir bleiben dem Thema verbunden.

Umzug in das anzumietende Gebäude des Landwirtschaftsverbandes. Die Räumlichkeiten des Kreishauses scheinen zu eng zu sein und so ist ein Umzug einiger Bereiche in das neue Gebäude des Landwirtschaftsverbandes vorgesehen. Geplant sind unter anderem der Umzug des Veterinär- und Lebensmittelamtes sowie

des Amtes für Planung und Naturschutz. Der Landrat schwärmt von einem "Grünen Zentrum" , in dem die Mitglieder des Landwirtschaftsverbandes kundenfreundlich nach dem Besuch ihres Interessenverbandes auch gleichzeitig ihre Wünsche, Sorgen und Möglichkeiten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Überwachungs- und Planungsämter austauschen können. Auch, wenn es uns freut, dass der Landrat mit dem Begriff „Grünes Zentrum“ namentlich unserer Partei „ein Denkmal setzen will“, so müssen wir sagen, dass die geplante Ressortaufteilung nicht richtig sein kann. Der Gesetzgeber hat zu diesem Sachverhalt eine ganz andere Meinung. Diese Meinung hat er im Korruptionsbekämpfungsgesetz und in einschlägigen Verordnungen ausgeführt. Dazu gehört die Identifikation der besonders korruptionsgefährdeten Bereiche. Zu diesen Bereichen gehören das Veterinär- und Lebensmittelamt sowie das Amt für Planung und Naturschutz. Für diese Ämter verlangt der Gesetzgeber einen präventiven Schutz. Dazu gehören organisatorische Maßnahmen, wie die räumliche Trennung. Wir haben auf diesen Sachverhalt bereits zu Beginn der Planung hingewiesen.

Et bliev nix wie et wor.

Sei offen für Neuerungen. Hier zeigen sich durchaus Positivbeispiele, z.B. im Rahmen der Inklusionsbemühungen und – planungen. Denn die Menschenrechte gelten für alle Menschen gleichermaßen.

- Das soziale Recht auf gleiche gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht!
- Bildung und soziale Teilhabe sind inklusiv für alle zu organisieren.
- Barrierefreiheit ist eine menschenrechtliche Verpflichtung des Staates.
- Die gesamte Gesellschaft profitiert von der Inklusion aller Menschen.

UND: ***Jede Jeck is anders! Und datt ist gut so!*** Damit haben wir eine Vielfalt, die gewünscht, bunt und tolerant ist- so wie es in Sachen Inklusion angestrebt wird. Offen für Neuerungen haben wir uns alle auch gezeigt, indem wir einen Kreisentwicklungsplan angegangen sind. Es ist notwendig und klug sich den Veränderungen im demografischen Wandel zu stellen. Erstaunlich und erfreulich ist für uns, dass bei den Befragungen der Bürgerinnen und Bürger die am häufigsten genannten Themen sich mit dem grünen Wahlprogramm weitestgehend decken. Im Gesamtkonzept des Kreisentwicklungsprogramms sehen wir oftmals ledigliche Absichtserklärungen, was uns Grünen nicht weit genug ist. Wir bleiben auch dem Thema verbunden.

Et bliev nix wie et wor passt gut zur Höhe der Kreisumlage. **Das Zerren** um die zukünftige Belastung der Kommunen stellt jedes Jahr einen rituellen Veitstanz da. Der Landrat und der Kämmerer des Kreises machen den Aufschlag. In diesem Jahr mit einem Hebesatz von 36,4 % der Umlagegrundlage.

Mit Hilfe schwarzer Kunst kommt die CDU auf einen Senkungsbetrag von 0,10 %. Andere Fraktionen folgen mit 0,20 % und 0,50%. Der Fraktionsvorsitzende der CDU ist von der Genialität und der Großzügigkeit für die Entlastung der Kommunen überzeugt. Lobend wird "der letzte erkennbare Spielraum zur Entlastung der Städte und Gemeinden" hervorgehoben. (Unter Berücksichtigung des aktuellen Zinssatzes entspricht das einem geldlichen Vorteil für eine der kleinen Kommunen, wie etwa Beelen, von ca. 100,- €.

PAUSE

Nicht für jeden Einwohner, sondern diese 100,- € sollten sich, nach Vorstellungen der CDU, alle Beelener im nächsten HH-Jahr teilen.)

Nun liegt die Senkung der Kreisumlage mit Einverständnis aller Fraktionen bei 0,4 %.

Et hätt noch schlimmer kumme künne, mag der Kreiskämmerer als Trost denken.

Kenne mer nit, bruche mer nit, fott domet.

Sei kritisch, wenn Neuerungen überhandnehmen. So scheint die CDU zu denken und zu handeln, wenn es Anträge zu neuen Bereichen gibt! Schließlich wollen sie nicht an tradierten Vorgehensweisen wackeln- es könnte noch scheinbar was einstürzen. ***Mäht nix!*** Wir sind jedenfalls tolerant.

Wat wells de maache?

Füg dich in dein Schicksal. Das scheint manchmal die Anforderung der Kreisverwaltung an die Bürger und Bürgerinnen zu sein. Nehmen wir noch einmal das Beispiel der Grundwasserverunreinigung im Warendorfer Norden. Die im WUP anwesenden Anwohner hatten keine Möglichkeit ihr Anliegen vorzubringen. Die Geschäftsordnung zwingt die Bürger zum schicksalhaften Ausharren. Ist das gelebte Demokratie?

Maach et joot, ävver nit zo off.

Heißt doch in der Tat: Qualität über Quantität. Und: Du sollst z.B. auf deine Ge-

sundheit achten. Hier sei lobend erwähnt, dass sich der Kreis einige Themengebiete aussucht, in denen er sich gut und gründlich aufstellt. Hier sei die Beteiligung des Kreises als einer von 18 Modellkommunen an der Landesinitiative „**Kein Kind zurücklassen**“ erwähnt. Prävention steht dabei an erster Stelle und das ist sehr gut so. Noch vor einiger Zeit galt die Richtlinie „ambulant vor stationär“- jetzt geht es um „präventiv vor ambulant“. „Kein Kind zurücklassen“ heißt aus dem Blick des Kindes, nämlich vom Kind aus zu denken. „Kein Kind zurücklassen“ heißt auch, Mängel und Bedarfe vorausschauend zu erkennen. Die Weiterentwicklung der Netzwerke „Frühe Hilfen“ sind hier die genau richtigen Ansätze, damit kein Kind verloren geht. Vernachlässigte Kinder nicht zurück zu lassen ist ein Gebot der Zukunft. Die Präventionskette von der Geburtsvorbereitung bis zum Übergang Schule/ Beruf ist der richtige Ansatz. **Der Ausbau von Präventionen ist schon lange eine wichtige grüne Forderung.** Dabei muss jedem klar sein: Prävention macht Jugendhilfe zunächst nicht billiger. Aber langfristig ist das eine gute Investition (mit hoher Renditeaussicht). Alle sind mit auf den Weg zu nehmen, alle sind zu überzeugen.

Drinks de ejne met?

Komm dem Gebot der Gastfreundschaft nach. So werden wir wohl gleich alle zum Grünkohlessen gehen. Sie sehen, auch hier passt das rheinische Grundgesetz. Hier können wir „Danke“ für die freundliche Einladung und Organisation sagen.

Und noch eins: Man muss auch jünne könne!

Man muss auch gönnen können. Sei weder neidisch noch missgünstig. Hier ist ein Zitat von Klaus Dörner auf der Veranstaltung Inklusion und Menschenrechte im September diesen Jahres zu nennen:

„Teilhabe ist das Eine. Teilgabe das Andere.“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Haushalt entspricht nicht in allen Punkten unseren Vorstellungen. Jedoch sind wir bereit, die Verantwortung für diesen Haushalt 2014 mit zu übernehmen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird diesem Haushalt zustimmen.

Ich möchte Ihnen, Herr Landrat, den Herren Dezernenten und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die oft gute Zusammenarbeit danken.

Herzlichen Dank sagen möchte ich der SPD und ihrer Fraktionsvorsitzenden sowie meiner Fraktion für die konstruktive, engagierte und stets zuverlässige Zusammenarbeit.

Und zum Schluss greift: *Do laachs de disch kapott.*

„Bewahr dir eine gesunde Einstellung zum Humor“

...bedeutet doch tatsächlich diese Redensart. Lachen wirkt befreiend. Wer lacht streitet nicht und führt keine Kriege. Humor empfehle ich allen hier im Saal. Humor ist gesund und Gesundheit wünsche ich Ihnen! Ihnen allen nun ein frohes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familie und alles Gute zum neuen Jahr.

Cornelia Lindstedt,

Fraktionssprecherin der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen